

**SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover**

**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Hannover, 17.01.2011

In den

- Migrationsausschuss
- Organisations- und Personalausschuss

**Haushaltsplan 2011 - Ergebnishaushalt
Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover zur DS 1583/2010**

Teilhaushalt: 15 – Büro Oberbürgermeister

**Produkt 11103 Grundsatzangelegenheiten
Zuschüsse übrige Bereiche**

Antrag zu beschließen:

Einführung der Maßnahme „Niedrigschwellige Beratung für Menschen ohne Papiere in Hannover“ in die Regelförderung

Der Aufwand in Höhe von	2.149.953 Euro	
wird um	49.500 Euro	
auf insgesamt	2.199.453 Euro	erhöht.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Hannover bekennt sich zu ihrer Fürsorgepflicht für alle Menschen, die dauerhaft in der Stadt leben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Sie verfolgt das Ziel, Menschen in der Illegalität Hilfe und Beratung anzubieten, um Möglichkeiten der Beendigung ihrer Illegalität herbeizuführen und ihre elementaren Lebensbedürfnisse zu sichern. Insbesondere ist die grundsätzliche Garantie von Menschenrechten auf Gesundheit, schulische Bildung und Schutz vor Ausbeutung zu beachten, die voraussetzungslos jedem im Geltungsbereich des Grundgesetzes befindlichen Menschen zugesprochen werden.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender